

Inhaltsverzeichnis

1. UNITI
2. Wirtschaftsrat der CDU

UNITI

Der **UNITI** Bundesverband EnergieMittelstand e.V. (frühere Bezeichnung: Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen) ist die Interessenvertretung der mittelständischen Mineralölunternehmen gegenüber der Landes-, Bundes- und EU-Politik. Dem Verband gehören ca. 1000 mittelständische Unternehmen aus den Bereichen Kraftstoffe, Wärmemarkt und Schmierstoffe an (Stand: 02 /2026).^[1] Er berät und informiert seine Mitglieder in politischen und fachlichen Angelegenheiten, vertritt ihre Interessen bei Politik und Verwaltung und klärt die Öffentlichkeit über die Bedeutung der mittelständischen Mineralölunternehmen für Wirtschaft und Gesellschaft auf. UNITI gibt Magazine wie „energie + MITTELSTAND“ heraus und veranstaltet Foren, Tagungen und Messen mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Nach eigenen Angaben entfällt 80 % des Gesamtmarktes Heizöl und feste Brennstoffe auf UNITI Verbandsmitglieder.^[2] 70 % der freien Tankstellen und 62 % der Straßentankstellen gehören UNITI an.

Ein Verbot von Verbrennermotoren würde das Geschäftsmodell der UNITI-Mitglieder gefährden. Eine Rettung sieht der Verband im Einsatz von synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels). UNITI und mehr als zwei Dutzend seiner Mitgliedsunternehmen haben einen Vertrag mit dem Unternehmen **INERATEC** abgeschlossen, welcher weltweit erstmals die Produktion von klimaneutralen E-Fuels in industriellem Maßstab und den Vertrieb dieser synthetischen Kraftstoffe an Endverbraucher vorsieht.^[3]

Die Erträge von UNITI lagen 2020 bei ca. 3,6 Mio. Euro.^[4] Die Mitglieder von UNITI erzielten einen jährlichen Gesamtumsatz von ca. 35 Mrd. Euro.^[5]

UNITI

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung mittelständischer Mineralölunternehmen

Gründungsdatum 1947

Hauptsitz Berlin

Lobbybüro Berlin, Jägerstr. 6

o

Lobbybüro Brüssel, De Crayerstraat 7

o EU

Webadresse www.uniti.de

se

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbytätigkeit	3
2 Kampagnen	3
3 Lobbytätigkeit über die "eFuel Alliance", die "Power to X-Allianz" und das e-Fuels Forum	3
4 Erfolg der Lobbyaktivitäten	4
5 Lobbyist:innen/Lobbyausgaben	5
6 Mitgliedschaften	5
7 Geschäftsführung und Vorsitzende	5
8 Weiterführende Informationen	5
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
10 Einzelnachweise	6

Lobbytätigkeit

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit steht der Einsatz für synthetisch erzeugte flüssige Kraft- und Brennstoffe auf Basis von Wasserstoff und CO₂, die als mögliches Substitut zu herkömmlichen fossilen Kraftstoffen genutzt und über das bestehende Tankstellennetz vertrieben werden können. Die synthetischen Kraftstoffe werden auch als E-Fuels oder Power to Liquids (PtL)-Kraftstoffe bezeichnet.^[6] Durch die Nutzung von CO₂ aus der Atmosphäre und erneuerbaren Energien können E-Fuels klimaneutral hergestellt werden. Konkretes Ziel der Lobbytätigkeit ist es, dass E-Fuels im System der CO₂-Flottenregulierung der EU als klimaneutrale Kraftstoffe anerkannt werden.

Laut Umweltbundesamt ist der Einsatz von PtG-Wasserstoff in Brennstoffzellen-Pkw bzw. von PtG-Methan und PtL in Verbrennungsmotoren von Pkw hochgradig ineffizient^[7]: "Für dieselbe Fahrleistung muss etwa die drei- beziehungsweise sechsfache Menge an Strom im Vergleich zu einem Elektro-Pkw eingesetzt werden...Da erneuerbarer Strom, beispielsweise aus Wind und Photovoltaik, und die notwendigen Ressourcenbedarfe für die Energieanlagen nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen, muss auch mit erneuerbaren Energien sparsam umgegangen werden. Am effizientesten ist die direkte Stromnutzung im Verkehr, beispielsweise über Oberleitungen für Bahnen. Ähnlich effizient ist die Stromnutzung über batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge. Deswegen sollte zur möglichst effizienten Defossilisierung des Straßenverkehrs ein weitgehender Umstieg auf batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge angestrebt werden, wo immer dies technisch möglich ist." Die Denkfabrik Agora Verkehrswende vertritt die Auffassung, dass E-Fuels helfen, überall dort Emissionen zu reduzieren, wo Alternativen nicht zur Verfügung stehen: im Verkehr bei Flugzeugen, Schiffen und vielleicht bei LkWs.^[8]

Kampagnen

Ende August 2021 begann die UNITI-Kampagne „E-Fuels for Future“, an der sich vor allem mittelständische Unternehmen verschiedener Branchen beteiligten.^[9] Bis Mitte Oktober 2021 begegnete der Slogan Autofahrern an über 1.000 Tankstellen, an Tankwagen, in rund 2.000 Freien Werkstätten sowie an zahlreichen Lieferfahrzeugen des freien Kfz-Teilehandels. Zusätzlich wurde über klassische Werbe- und Image-träger sowie mit PR-Aktionen und über elektronische Medien für E-Fuels geworben. Nach Recherchen von LobbyControl inszenierte die von UNITI gebuchte Agentur [Super an der Spree](#) zum Auftakt der Kampagne in Berlin eine „Demonstration“.^[10] Auf Fotos z.B. vor dem Berliner Reichstagsgebäude hätten gekaufte Demonstrant:innen mit „E-fuels for Future“-Schildern posiert, die selbst gebastelt aussehen sollten – aber eigentlich professionell gedruckt worden seien. So sei versucht worden, die Glaubwürdigkeit der Klimabewegung für die Geschäftsinteressen der Mineralölindustrie zu kapern.

Anfang März 2022 startete UNITI die Kampagne „E-Fuels verstehen und gewinnen“, in deren Rahmen Tankstellen, Heizölhändler und Kfz-Betriebe Verbraucher über E-Fuels informierten.^[11] Die Verbraucher konnten dabei einen von 130 Tankgutscheinen im Wert von bis zu 1.000 Euro gewinnen.

Lobbytätigkeit über die "eFuel Alliance", die "Power to X-Allianz" und das e-Fuels Forum

Die von UNITI im August 2020 gegründete [eFuel Alliance](#) setzt sich für die Förderung und den weltweiten Ausbau der Produktionskapazitäten von eFuels und deren breite Anwendung ein.^[12] Zu ihren 169 [Mitgliedern](#) gehören Unternehmen, Verbände und Einzelpersonen von Branchen, deren Interessen von E-Fuels berührt

werden (Beispiele: Mineralölwirtschaft, Gasbranche, Automobilwirtschaft, Luft- und Seefahrtbranche, Chemieindustrie, Energieproduktion, ADAC, Bosch, Siemens). Laut deutschem Lobbyregister beschäftigt sich die Fuel Alliance mit den folgenden EU-Gesetzesvorhaben: CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge (2021/0197), CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge (2019/1242), Erneuerbare-Energien-Richtlinie (2021/0218), Energiesteuerrichtlinie (2021/0213), Emissionshandelssystem (2021/0211), ReFuelEU Aviation (2021/0205), FuelEU Maritime (2021/0210)^[13]

Die [Power to X-Allianz](#), in der UNITI Mitglied ist, bezeichnet sich als branchenübergreifendes Aktionsbündnis aus Unternehmen und Verbänden, die verschiedene Kompetenzen rund um Power to X Technologien zusammenführen. Diese Technologien umfassen die Umwandlung von erneuerbarem Strom in grüne Gase wie Wasserstoff oder Methan (Power to Gas), in flüssige Energieträger wie Kraft- und Brennstoffe (Power to Liquids) für eine nachhaltige Mobilität und in Gebäuden oder zur Synthese von chemischen Grundstoffen für die Industrie (Power to Chemicals). Die 19 [Allianzpartnerinnen und Allianzpartner](#) setzen sich gemeinsam für die Beseitigung regulatorischer Hemmnisse für Power to X und für ein [Markteinführungsprogramm](#) ein. Auf ihrer Webseite weist die Allianz darauf hin, dass grüner Wasserstoff aus erneuerbaren Energien und strombasierte Kraftstoffe (Power to Liquids, Power Fuels oder E-Fuels) die einzigartige Möglichkeit bietet, auch die Verkehrsbereiche zu defossilisieren, die sich kaum auf Batterie-elektrische Antriebe umstellen lassen.^[14] Als Beispiele werden Regionalzüge, Schwerlastverkehr und Linienbusse genannt. Selbst Benzin- und Diesel-Pkw ließen sich durch synthetische Kraftstoffe weiternutzen.

UNITI unterstützt Aktivitäten des [e-Fuels Forums](#), das von mittelständischen Mineralölunternehmen gegründet worden ist.^[15]

Erfolg der Lobbyaktivitäten

Als Zwischenerfolg bezeichnete UNITI die Berücksichtigung der klimaneutralen synthetischen Kraftstoffe im zwölfseitigen Sondierungspapier von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP.^[16] Der Ampel-Koalitionsvertrag wurde dagegen als in Teilen widersprüchlich und unzureichend qualifiziert.^[17] Der UNITI-Hauptgeschäftsführer forderte deshalb, dass die neue Bundesregierung sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen sollte, dass E-Fuels endlich innerhalb des bestehenden Systems der Flottenregulierung als klimaneutrale Kraftstoffe Anrechnung finden. Mit E-Fuels gebe es keinen Grund für die Abkehr vom Verbrenner. Am 8. Juni 2022 hat das Europaparlament beschlossen, synthetische Kraftstoffe zur Förderung der Klimaneutralität in Flugzeugen und Schiffen einzusetzen.^[18] Zugleich sprach es sich dafür aus, dass keine synthetischen Kraftstoffe im System der CO₂-Flottenregulierung angerechnet werden können, mit denen ein klassischer Verbrennermotor klimaneutral betrieben werden könnte, was im Ergebnis das Aus für den Verbrennermotor ab 2035 bedeutet.^[19] In seiner Pressemitteilung vom 09. Juni 2022 kommentierte der Verband die Entscheidung des Europäischen Parlaments wie folgt: „UNITI ...kritisiert den Beschluss des EU-Parlaments für ein faktisches Neuzulassungsverbot für Verbrenner ab dem Jahr 2035. Vor allem die Entscheidung, CO₂-freie E-Fuels nicht im Rahmen der CO₂-Flottenregulierung anzurechnen, ist sachlich nicht begründbar und stellt einen vorläufigen Höhepunkt des ideologiegetriebenen Kampfes gegen bezahlbare Automobilität dar“.^[20] Am 21. Juni 2022 begrüßte UNITI die Absage von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) an das Verbrennerverbot in der EU.^[21] Auch die EU-Mitgliedsstaaten haben am 28./29. Juni 2022 dafür gestimmt, dass ab 2035 nur noch klimaneutrale Neuwagen zugelassen werden. Sie verständigten sich außerdem auf einen Kompromiss, nach dem die EU-Kommission einen Vorschlag machen soll, wie nach 2035 außerhalb der Flottengrenzwerte noch Fahrzeuge zugelassen werden können, die dann ausschließlich mit klimaneutralen Kraftstoffen (E-Fuels) betrieben werden.^{[22][23]} Dabei muss dies im Einklang mit dem EU-Recht und in Übereinstimmung mit den Klimazielen der EU stehen. Diese Ausnahmeregelung für klimaneutrale E-Fuels ist auf Druck der FDP zustande gekommen, die ihre Auslegung

des Koalitionsvertrags zu diesem Thema innerhalb der Koalition durchsetzen konnte. UNITI begrüßte, dass die EU-Umweltminister/-innen in ihrem Beschluss die zentrale Bedeutung erneuerbarer Kraftstoffe für den Klimaschutz und den Erhalt bezahlbarer Mobilität unterstrichen haben. Bereits vorliegende konkrete Vorschläge für ein Anrechnungssystem, das ihren Hochlauf befördern würde, seien dagegen nicht aufgegriffen worden.^[24] Es bestehe die Gefahr, dass die sich in dieser Frage wenig technologieoffen zeigende Kommission eine Lösung vorlege, die nicht sachdienlich sei.

Voraussichtlich im Herbst beginnen die Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten und dem Europaparlament zur Verabschiedung einer gemeinsamen Endfassung der angestrebten gesetzlichen Regelungen.

Lobbyist:innen/Lobbyausgaben

Im deutschen Lobbyregister gibt UNITI an, (Stand: 03.03.2022) im Jahr 2021 550.001 - 560.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 1 - 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[25] Acht Personen werden namentlich genannt. Laut EU Transparenzregister (Stand: 09.03.2022) lagen die Lobbyausgaben in Brüssel 2021 zwischen 400.000 und 499.999 Euro; es wurden fünf Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 1,1) beschäftigt.^[26]

Mitgliedschaften

UNITI ist u.a. in folgenden Organisationen Mitglied:

- Forum für Zukunftsenergien e.V.
- Senat der Wirtschaft e.V.
- Verband der Schmierstoff-Industrie e.V.
- Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.
- Weltenergierat Deutschland e.V.
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Power to X Allianz
- eFuel Alliance e.V.

Geschäftsführung und Vorsitzende

- Hauptgeschäftsführer: Elmar Kühn
- Geschäftsführer Europa: Matthias Plötzke
- Ansprechpartner Politik: Dominik Hellriegel, zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestagsbüro von Christoph Ploß (CDU)
- Vorsitzender: Udo Weber, J. Knittel Söhne GmbH
- Stellv. Vorsitzender: Markus König, Friedrich Scharr KG

Weiterführende Informationen

- [Neue Analyse bestätigt: Autos mit E-Fuels sind weit weniger umweltfreundlich als Elektroautos, Transport & Environment, 23. Juni 2022](#)
- [Warum sich die FDP gegen das Verbrenner-Aus stemmt, Süddeutsche Zeitung vom 24.06.2022](#)
- [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Wie umweltfreundlich sind Elektroautos - Eine ganzheitliche Bilanz, Januar 2021](#)

- [„E Fuels for Future“: Wie die Benzinlobby sich als Teil der Klimabewegung inszeniert, LobbyControl.de vom 23.11.2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [uniti bundesverband, uniti.de, abgerufen am 25.02.2026](#)
2. ↑ [uniti bundesverband, uniti.de, abgerufen am 25.02.2026](#)
3. ↑ [UNITI Jahresbericht 2020/2021, uniti.de, abgerufen am 15.06.2022](#)
4. ↑ [Jahresabschluss 2020, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 13.06.2022](#)
5. ↑ [Über uns, uniti.de, abgerufen am 15.06.2022](#)
6. ↑ [Häufig gestellte Fragen, e-fuels.de, abgerufen am 12.06.2022](#)
7. ↑ [Synthetische Kraftstoffe, umweltbundesamt.de vom 32.02.2022, abgerufen am 14.06.2022](#)
8. ↑ [Eine trügerische Hoffnung, zeit.de vom 07.03.2020, abgerufen am 14.03.2022](#)
9. ↑ [Mittelständische Unternehmen starten Informationskampagne zu E-Fuels, uniti.de vom 23.08.2021, abgerufen am 14.06.2022](#)
10. ↑ [„E Fuels for Future“: Wie die Benzinlobby sich als Teil der Klimabewegung inszeniert, lobbycontrol.de vom 23.11.2021, abgerufen am 14.06.2022](#)
11. ↑ [Deutschlandweite Aufklärungskampagne, uniti.de vom 01.03.2022, abgerufen am 13.06.2022](#)
12. ↑ [UNITI Jahresbericht 2020/2021, uniti.de, abgerufen am 15.06.2022](#)
13. ↑ [eFuel Alliance e.V., lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 12.06.2022](#)
14. ↑ [Verkehr: Wassertoff & synthetische Kraftstoffe, ptx-allianz.de, abgerufen am 13.06.2022](#)
15. ↑ [Starker Mittelstand für eFuels, efuels.forum.de, abgerufen am 19.06.2022](#)
16. ↑ [Pressemitteilung vom 18. November 2021, uniti.de, abgerufen am 13.06.2022](#)
17. ↑ [UNITI; „Ampel-Koalitionsvertrag in Teilen widersprüchlich und unzureichend“, uniti.de vom 25.11.2021, abgerufen am 13.06.2022](#)
18. ↑ [Sind E-fuels eine saubere Alternative für Autos? Nein, sagt die Wissenschaft, handelsblatt.com vom 09.06.2022, abgerufen am 12.06.2022](#)
19. ↑ [Wie Verbrenner verschwinden sollen, tagesschau.de vom 09.06.2022, abgerufen am 12.06.2022](#)
20. ↑ [Pressemitteilungen, uniti.de, abgerufen am 13.06.2022](#)
21. ↑ [UNITI begrüßt Absage von Vizkanzler Lindner an Verbrennerverbot in der EU, uniti.de vom 21.06.2022, abgerufen am 23.06.2022](#)
22. ↑ [So kam die Einigung zum Verbrenner-Aus zustande, sueddeutsche.de vom 29.06.2022, abgerufen am 29.06.2022](#)
23. ↑ [Energie- und Umwelträte stellen die Weichen für eine klimaneutrale europäische Wirtschaft Pressemitteilung vom 29.06.2022.bmu.de, abgerufen am 30.06.2022](#)
24. ↑ [Pressemitteilung vom 29.06.2022, abgerufen am 20.06.2022](#)
25. ↑ [UNITI, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 17.06.2022](#)
26. ↑ [UNITI im EU Transparenregister, abgerufen am 17.06.2022](#)

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht	eingetragener Verein
sform	
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründungsdatum	1963
Hauptsitz	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.wirtschaftsrat.de

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	8
2 Aktivitäten	8
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	9
4 Geschichte	10
5 Fallstudien und Kritik	10
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	10
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	11
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	12
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	13
6 Finanzen	13
7 Zitate	13
8 Organisationsstruktur und Personal	14
9 Mitglieder	21
10 Die Landesverbände	22

11 Netzwerke	23
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	23
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	23
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	23
13 Einzelnachweise	23

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden **Themen**: Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatakog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch,

mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahrempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#)^{[31][32]} als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession“), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremsen der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremsen klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...]“.^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#).^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte [Karolin Seitz](#), Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat](#), [75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen. " ^[30]

Lars P. Feld (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[53] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Thomas Saueressig	<ul style="list-style-type: none"> • SAP SE, Mitglied des Vorstands
Vizepräsidentin	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> • Würth-Gruppe, Mitglied des Stiftungsaufsichtsrats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> • ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bank AG, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentarisches Institut für den Mittelstand, Vorsitzender • Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender (CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Mitglied	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung der Bundesrepublik Deutschland (CDU)
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[54]	<ul style="list-style-type: none"> ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Dr. Michael Strugl, Christian W.E. Haub, Bonita Grupp, Joachim Gemmel	

(Stand: April 2026) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 51 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Google Germany GmbH, Vice President EMEA North
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	ENGIE, Director for European Affairs
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: April 2026) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 20 Bundesfachkommissionen, 3 Europäische Fachkommissionen, 12 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, CEO
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Tillmann von Schroeter	Vaillant Deutschland, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, CEO
Gesundheitswirtschaft	Joachim Gemmel	Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Tobias Jerschke	Kuehne & Nagel AG & Co. KG, Vorsitzender der Geschäftsführung
Innovationsforum	Petra Justenhoven	PwC, Sprecherin der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	Bizerba SE & Co. KG, Vorsitzender des Aufsichtsrates
Digitale Transformation	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christian Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Plattformökonomie	Albrecht von Sonntag	idealo internet GmbH, Beirat
Steuern	Ulrich Ackermann	KPMG AG, Vorstand Tax
Umwelt- und Klimapolitik	Detlev Wösten	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter

(Stand: April 2026) ^[57]^[58]

Die Europäischen Fachkommissionen

Europäische Fachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Finance	Norbert Winkeljohann	Bayer AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats
Digital Age	Lars Reger	NXP Semiconductors Germany GmbH, CTO
Energy	Michael Strugl	VERBUND AG, Vorstandsvorsitzender

(Stand: April 2026)^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Energie für Mobilität	Gero Schulze	Bernard Krone Beteiligungs GmbH, Geschäftsführer
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Digitale Infrastruktur	Valentina Daiber	Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Vorstand Recht und Corporate Affairs
Krankenhaus	Michael Dieckmann	AMEOS Gruppe, CDO
Medienwirtschaftspolitik	Markus Breitenecker	ProSiebenSat1 Media SE, COO
Pflege	Thomas Eisenreich	Home Instead GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Raumfahrt	Max Gulde	constellr GmbH, CEO
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Yannik Bury	MdB CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Mitglied des Haushaltsausschusses
Staatsmodernisierung	Marc Reinhardt	Capgemini Deutschland GmbH, Executive Vice President, Public Sector Global Industry Leader
Start-ups meet finance	Stefan Drüssler	UnternehmerTUM GmbH, COO

(Stand: April 2026)^[58]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Christian Lindner (FDP), in dessen Zeit als Bundesfinanzminister. Ein neues Mitglied ist Stefan Kooths, Vorstandsvorsitzender der libertären [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), die der AFD nahe steht, und Leugnern des menschengemachten Klimawandels sowie Gegnern der ökologischen Energiewende ein Forum bietet.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P.	<ul style="list-style-type: none"> • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Mont Pelerin Society, Mitglied
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • "Munich Center for the Economics of Aging" (MEA), einer Abteilung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, Leiter^[59] • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats^[60] • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Tanja Börzel	Freie Universität, Leiterin des Otto Suhr Institute for Political Science
Alexander Eisenkopf	<ul style="list-style-type: none"> • Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Inhaber des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie • Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats^[61] • rechtslibertären Blog „Achse des Guten“, Autor^[62]
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Ernst & Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats^[63]
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
	<ul style="list-style-type: none"> • Technische Universität Nürnberg, Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab • Hemholtz-Gemeinschaft, Senatorin für den Forschungsbereich "Energie"^[64] • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied des Vorstands^[65] • "The Pioneer", Herausgeberin^[66] • Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Veronika Grimm	<ul style="list-style-type: none"> • Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV), Mitglied • Siemens Energy, Mitglied des Aufsichtsrats • H2 Potential, Mitglied des Projektbeirats, in dem auch Christian Tollmien von Siemens Energy sitzt • Nationaler Wasserstoffrat, Mitglied • E.ON Stiftungsbeirat, Mitglied • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Trägerin des mit 10 Tsd. Euro dotierten Arthur Burkhardt-Preises 2023^[67] • Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (diese hat keine Verbindung zur Hayek-Gesellschaft), Teilnehmerin an der Podiumsdiskussion „Ist die Energie- und Klimakrise nur mit Planwirtschaft zu lösen? Sind wir auf dem Weg in die Klimaknechtschaft?“^[68] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, designierte Preisträgerin der Hayek-Medaille^[69] • Beraterin von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Holger Hanselka	Fraunhofer Gesellschaft, Präsident
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> • Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Verband Der Mittelstand BVMW, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Institut für Glücksspiel und Gesellschaft, gefördert vom Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDAl), Mitglied des Direktoriums • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied

Friedrich Heine mann	ZEW Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
Oliver Holtem öller	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IHW), Stellv. Präsident
Kai Konrad	Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, Direktor
Stefan Kooths [70]	<ul style="list-style-type: none"> • Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft, Direktor • BSP Business and Law School Berlin, Professor für Volkswirtschaftslehre^[71] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Vorsitzender des Vorstands • Javier Milei Institut: Mitgründer • Mises Institute, Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied • Internationaler Wirtschaftssenat, Mitglied des Präsidiums • Liberales Institut Zürich, Mitglied im Akademischen Beirat • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie
Jan Pieter Krahn e n [72]	<ul style="list-style-type: none"> • Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE, Gründungsdirektor em. • Goethe-Universität Frankfurt, Professor em. für Kreditwirtschaft und Finanzierung • Centre for Economic and Policy Research (CEPR), Research Fellow^[73]
Jürgen Kühlin g	Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht
Stefan Kolev [74]	<ul style="list-style-type: none"> • Westsächsische Hochschule Zwickau, Professor für Wirtschaftspolitik • Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft der Ludwig-Erhard-Stiftung, Wissenschaftlicher Leiter • Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Forums Marktwirtschaft • Mont Pelerin Society, Mitglied • Walter Eucken Institut, Mitglied • Bulgarische Hayek Stiftung, Mitglied • Hayek Institute Romania, Mitglied im Akademischen Beirat • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche

Mitglieder	Akademische Position
Sarah Necker	Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft, Leiterin
Jörg Rochol	ESMT Berlin, Präsident
Jens Strücker	Universität Bayreuth, Professor für Wirtschaftsinformatik und Digitales Energiemanagement
Volker Tolkmitt	Hochschule Mittweida, Rektor

(Stand: März 2026) ^[75]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[76] Bundesvorsitzender ist seit 2025 Ferdinand Herfeldt.^[77] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten^[78] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung](#) AG).^[79] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979^[80] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft".^[81]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Huawei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[82]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- [Christoph Werner](#) (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[83] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinettstisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#),faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#),wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023

10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.

41. ↑ [Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen](#), München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#)lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 01.04.2026
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 01.04.2026
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ ^{58,058,158,2} [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 07.04.2026
59. ↑ [Geschichte](#), mpisoc.de, abgerufen am 16.03.2026
60. ↑ [Jahresbericht 2023 Amundi Aktien Rohstoffe](#), abgerufen am 02.01.2024
61. ↑ [Curriculum Vitae](#), zeppeelin-university.com, abgerufen am 12.04.2026
62. ↑ [Autorenseite](#), achgut.com, abgerufen am 12.04.2026
63. ↑ [Unser Aufsichtsrat](#), ey.com, abgerufen am 18.03.2025
64. ↑ [Prof. Dr. Veronika Grimm](#), helmholtz.de, abgerufen am 20.03.2026
65. ↑ [Organe der Gesellschaft](#), dpag.org, abgerufen am 20.03.2026
66. ↑ [Ökonomin Veronika Grimm wird Herausgeberin bei „The Pioneer“](#), deutschlandfunk.de vom 27.01.2026, abgerufen am 20.3.2026
67. ↑ [Wirtschaftsweiser Veronika Grimm](#), deutsches-stiftungszentrum.de, abgerufen am 20.03.2026
68. ↑ [Symposium in Wien: 80 Jahre zur Knechtschaft](#), hayek-stiftung.de vom 24.04. 2024, abgerufen am 20.03.2026
69. ↑ [Hayek Tage 2026](#), hayek.de, abgerufen am 19.03.2026

70. ↑ [Curriculum Vitae](#), kooths.de, abgerufen am 17.03.2026
71. ↑ [Stefan Kooths](#), businessschool.de, abgerufen am 21.03.2026
72. ↑ [Jan Pieter Krahen - Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE](#), abgerufen am 01.04.2026
73. ↑ [Jan Pieter Krahen - CEPR](#), abgerufen am 01.04.2026
74. ↑ [Stefan Kolev](#), stefan-kolev.de, abgerufen am 17.03.2026
75. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 16.03.2026
76. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
77. ↑ [Ergebnisse der Vorstandwahl des Jungen Wirtschaftsrats 2025](#) wirtschaftsrat.de vom 25.10.2025, abgerufen am 01.04.2026
78. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
79. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
80. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
81. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
82. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
83. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021